

Der Norden ist geschockt: Ein Schwarzer Tag für Europa

DAS SAGT DIE WIRTSCHAFT

KIEL/HAMBURG. Überwiegend mit Fassungslosigkeit und Unverständnis, aber auch mit Gelassenheit reagierte die Wirtschaft in Schleswig-Holstein, die fünf Prozent ihrer Exporte mit Großbritannien abwickelt, auf das Votum der Briten.

Als „einen schwarzen Tag für Europa“ bezeichnete **Uli Wachholtz**, Präsident des wirtschafts- und sozialpolitischen Spitzenverbandes der norddeutschen Wirtschaft (UV Nord) das Ergebnis des britischen EU-Referendums. Für die norddeutsche Wirtschaft gelte es jetzt, die Zeit bis zum tatsächlichen Austritt Großbritanniens zu nutzen, um wichtige Handels- und Geschäftsbeziehungen zukunftsfähig aufzustellen.

Der Brexit bedrohe auch den Norden, sagte **Uwe Polkaehn**, Vorsitzender des DGB Nord. Der Gewerkschafter warnte vor Gefahren für Arbeitsplätze und Europapolitik. „Das Votum ist auch Ausdruck der tiefen sozialen Spaltung in Europa.“

ren, die Entwicklung genau beobachten und zu gegebener Zeit die richtigen Entscheidungen treffen.“

Kritisch bewertet auch **Henrik Madsen**, Sprecher des Vorstandes des Kieler Landhandelskonzerns HaGe, die Entwicklung. Deutlich größeren Schwankungen des Pfund-Euro-Kurses könnten kurzfristig zu Verzerrungen im kontinuierlichen Handelsgeschäft führen. Für die Landwirte im Norden sieht **Stephan Gersteuer**, Generalsekretär des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, in der neuen Situation nur Nachteile: „Wenn es zu nationalen Stützungsmaßnahmen kommen sollte, ist das schlecht für unsere Bauern.“

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) glaubt, dass die jahrelangen „Scheidungsverhandlungen“ Unternehmen helfen, sich an den veränderten Markt anzupassen. Die EU müsse die Menschen mitnehmen und über ihr Selbstverständnis nachdenken.

mad/jan

legende Reformen fordern.

„Die Entscheidung ist ein schwerer Schlag für den europäischen Gedanken“, sagte FDP-Fraktionschef **Wolfgang Kubicki**. Er denke, dass „vor allem die Briten selbst schmerzhafte Nachteile“ haben werden. Auf eine Sonderbehandlung dürfe Großbritannien nicht mehr hoffen. „Die EU ist kein Gemischtwarenladen. Wer austritt, muss auch auf die Vorteile verzichten.“

Ralf Stegner, SPD-Fraktionsvorsitzender, sprach von einem „traurigen Tag für das vereinte Europa, aber einem richtig schwarzen Tag für das Vereinigte Königreich“. Zwar würden sich jetzt „Nationalisten und Populisten über diesen Tagessieg die Hände reiben, Frieden und Wohlstand wird es dauerhaft nur in einem gemeinsamen sozialen Europa geben“. Man müsse jedoch nach Jahren des Schwankens die Mehrheitsentscheidung akzeptieren.

CDU-Fraktionschef **Daniel Günther** forderte eine Neuausrichtung: „Ich rate dazu, die

„Leider ist das Votum der Briten nicht das, was wir erhofft hatten“, sagte **Werner Koopmann**, Leiter des Geschäftsbereichs International der IHK Schleswig-Holstein. Exportaktivitäten schleswig-holsteiner Unternehmen könnten durch Währungsturbulenzen in unsicheres Fahrwasser gelangen. Und auch wenn es mit dem Referendum noch keine unmittelbaren Veränderungen für die norddeutschen Handelspartner geben würde, dürfe der Brexit nicht zu Lasten der Unternehmen gehen: „Es müssen Übergangsfristen mit Augenmaß vereinbart werden“, forderte IHK-Nord-Geschäftsführer **Malte Heyne**.

Holger Schulz, Geschäftsführer des Hobby-Wohnwagenwerks in Fockbeck, Weltmarktführer im Wohnwagenbau, sagte: „Wir werden Ruhe bewah-

Volksvertreter müssten mehr Rechte gegenüber der EU-Kommission und dem Ministerrat erhalten. Ansonsten würden „Rechtspopulisten das Potential der Wut und Verzweiflung“ weiterhin für ihre „nationalistische Agenda“ nutzen.

„Wir brauchen jetzt zügige und faire Austrittsverhandlungen, die wieder für Stabilität

sorgen“, forderte die Fraktionschefin der Grünen, **Eka von Kalben**. Europa müsse wieder zum „Hoffnungsträger werden, statt sich als Sündenbock angreifbar zu machen“.

Angelika Beer (Piraten) warnte, ohne „tiefgreifende Reformen der europäischen Institutionen“ sei das „Friedensprojekt Europa zum Scheitern verurteilt“.

lti

„Europa muss deutlich machen, was alles nicht mehr geht, wenn man den Club verlässt.“

Nico Fickinger,
Arbeitgeberverband Nordmetall

„Der Groß- und Außenhandel wird versuchen, mit den Brexit-Folgen klarzukommen.“

Hans Fabian Kruse,
AGA Unternehmensverband

DAS SAGT DIE POLITIK

KIEL. Die Politiker im Landeshaus haben am Freitag mit großer Enttäuschung auf den Austritt Großbritanniens aus der EU reagiert. Sie äußerten überwiegend die Furcht vor den Folgen für die Union. Es wurden aber auch Stimmen laut, die grund-

Gründe genau zu untersuchen.“ Offenbar sei es nicht gelungen, die „europäische Einigung als Friedens-, Freiheits-,

und Wohlstandsprozess“ zu verankern. „Wer in der Flüchtlingspolitik keine gemeinsamen Lösungen findet, aber technische Vorschriften für Staubsauger vereinheitlicht, der weckt keine Begeisterung“, sagte Günther.

Ingbert Liebing, CDU-Landesvorsitzender, sieht im Brexit „einen historischen Rückschlag für unser vereintes Europa“.

Lars Harms, Vorsitzender des SSW, sprach von einer „Zäsur mitten in der schwierigsten Phase der Europäischen Union“. Er forderte, die EU zu reformieren. Die Menschen in Europa wollten keinen „gesamteuropäischen Staat, sondern eine kooperierende EU“. Die EU-

„Ich erwarte jetzt, dass zügig Austrittsverhandlungen aufgenommen werden.“

Ulrike Rodust,
SPD-Europaabgeordnete

„Konditionen zur Abschreckung schaden nur

uns selbst. Wir müssen Europa jetzt neu leben.“

Reinhard Meyer,
SPD-Wirtschaftsminister

„Die Briten haben eine Entscheidung gegen sich selbst getroffen.“

Reimer Böge,
CDU-Europaabgeordneter